

Newsletter Integration und Migration

In dieser Ausgabe:

AKTUELLES AUS THÜRINGEN	1
Relaunch Wegweiser Thüringen	1
Jährlich 1.000 Azubis und Fachkräfte aus Vietnam	1
Neuerscheinung: "Von fremd zu bekannt - Aufbau interkultureller Kompetenz in der Verwaltung"	2
NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND	2
Evaluation Wohnsitzregelung	2
Einbürgerungen sollen künftig schneller möglich sein	3
Deutlich mehr Abschiebungen im ersten Halbjahr	3
Umfrage: Große Verbundenheit mit Deutschland bei Zuwandererfamilien	4
Studie: Jeder Dritte Deutsche hat ein rechtspopulistisches Weltbild	4
Geflüchtete aus der Ukraine	5
Bericht: Flüchtlinge immer häufiger Fachkräfte	5
Mitte-Studie: Deutlicher Anstieg rechtsextremer und rassistischer Einstellungen	5
Aktualisierung Wegweiser Werkzeug-koffer der Asylverfahrensberatung	5
Unicef-Studie: Kinder leiden in deutschen Flüchtlingsunterkünften	6
Menschenrechtsbericht 2023	6
Religionsmonitor: Krieg im Nahen Osten spaltet auch Deutschland	6
Internationale Woche gegen Rassismus 2024	7
GLOBALE NACHRICHTEN	7
Kinder mit ausländischen Eltern 2,4-mal häufiger von Armut betroffen	7
EU-Studie: Schwarze leiden unter Rassismus - besonders in Deutschland	8
EU-Asylzahlen	8
Buchempfehlungen - Downloads - Termine	9
Impressum	9

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Relaunch Wegweiser Thüringen

Seit über 10 Jahren hat sich der Thüringer Wegweiser für die Integrations- und Flüchtlingsarbeit in Thüringens etabliert. Über 500 Adressen sind eingestellt. Somit existiert für die Landkreise und kreisfreien Städte eine gute Übersicht über die Angebote für Zugewanderte. Das erspart Zeit und erleichtert die Suche. Sie können auf Ihren Landkreis oder kreisfreie Stadt klicken und finden die entsprechenden Ansprechpartner*innen.

Auch ist es möglich über die Suchfunktion gezielt nach Ansprechpersonen in den Kategorien Beratung, Sprache, Schule/ Bildung, Beruf/ Ausbildung sowie Soziales/ Freizeit zu filtern.

Das Layout wurde überarbeitet und inhaltliche Verbesserungen vorgenommen. Die Seiten sind auch endlich für Smartphones und Tablets geeignet und sehr viel übersichtlicher. Die Website ist mit dem google-Übersetzer unterlegt und kann somit in über 100 Sprachen übersetzt werden.

Für Einrichtungen die bereits dort vertreten sind, ist es auch möglich die Einträge selbst zu verändern oder zu korrigieren. Neue Angebote können auch nach einer kurzen Registrierung eingetragen werden.

Wenn Sie Veränderungsvorschläge, Hinweise oder Tipps haben, dann schicken Sie gern eine E-Mail an fd@integration-migration-thueringen.de.



Jährlich 1.000 Azubis und Fachkräfte aus Vietnam

Lebensmitteltechniker aus Vietnam für Südthüringer Fleisch- und Wurstfirmen und viele neue Azubis. Bis zu 1.000 junge Vietnamesen jährlich sollen künftig nach Thüringen einwandern und eine Ausbildung aufnehmen. Die ersten 16 stehen bereits vor ihrem Reiseantritt.

Künftig sollen bis zu 1.000 junge Leute aus Vietnam jährlich eine Berufsausbildung in Thüringen aufnehmen. „Es ist mein Ziel, dass wir das schrittweise erreichen“, sagte Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) im November zum Abschluss einer etwa einwöchigen Vietnam-Reise. Er bezeichnete die Reise nach Gesprächen mit Regierungsvertretern sowie Verträgen mit Einrichtungen aus Vietnam als Erfolg.

„Es gibt gute und funktionierende Verbindungen.“ Vereinbarungen für die Ausbildung von 80 jungen Menschen seien abgeschlossen worden. Es gehe um Ausbildungsberufe im Gastgewerbe, in Industrie und Handwerk sowie im Bereich Gesundheit und Pflege.

Lebensmitteltechniker für die Thüringer Wurst

Gelungen sei es, dass in Vietnam ausgebildete Lebensmitteltechniker schnell eine Facharbeiter-Anerkennung in Thüringen erhielten und vor allem in der traditionellen Fleisch- und Wurst-, aber auch in der Süßwarenindustrie in Südthüringen eine Arbeit aufnehmen könnten.

Weiter Seite 2.

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Fortsetzung von Seite 1.

„16 junge Leute stehen vor ihrem Reiseantritt.“ Ramelow würdigte das Engagement der Industrie- und Handelskammer (IHK) Südthüringen für dieses Projekt. Sie habe ebenso wie der Thüringer Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) seit Jahren gute Kontakte nach Vietnam.

Es gehe bei der Zusammenarbeit und den Kooperationen mit Vietnam um beides: die Gewinnung von Auszubildenden sowie von Fachkräften. Die 80 Azubis, die jetzt mit einem Vertrag nach Thüringen kämen, seien aus etwa 1.000 Bewerbern ausgewählt worden. „Das Interesse ist sehr groß“, sagte Ramelow. Nach seinen Angaben sprechen etwa 300.000 Menschen in Vietnam Deutsch – weil sie in Deutschland gearbeitet haben, oft noch in der DDR.

Etwa 4.000 Vietnamesen in Thüringen

„Es geht nicht darum, junge Menschen abzuwerben“, so Ramelow. Es gehe um Ausbildungschancen für Menschen in einem Land, das schnell wachse – von der Bevölkerungszahl, aber auch der Wirtschaft.

In Thüringen seien derzeit bereits 776 junge Menschen aus Vietnam in der Ausbildung – darunter an der Dehoga-Ausbildungsstätte in Erfurt. In vielen Thüringer Städten und Gemeinden leben teilweise seit Jahrzehnten Menschen aus Vietnam mit ihren Familien – Ramelow sprach von etwa 4.000 in Thüringen. Ein Teil von ihnen war vor 1989 von der DDR zum Arbeiten geholt worden.

Deutsche Wirtschaft schaut nach Lateinamerika

Auch über Thüringen hinaus, ist die Wirtschaft auf der Suche nach Fachkräften. An diesem Montag richtet sich der Blick nach Lateinamerika. „Ingenieurwesen, IT und Naturwissenschaften machen mehr als 20 Prozent der Hochschulabschlüsse in Brasilien, Chile, Mexiko und Kolumbien aus“, heißt es in einem Positionspapier des Lateinamerika-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. In Deutschland gebe es rund 700.000 offene Stellen in diesen Bereichen. Die Region sei auch wegen ihrer kulturellen Nähe zu Europa interessant, was Fachkräfte betrifft.

Am Montag finden in Berlin die zweiten deutsch-brasilianischen Regierungskonsultationen nach 2015 statt. Dazu reist Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva mit Teilen seines Kabinetts an. Die Konsultationen sollten genutzt werden, um die Zusammenarbeit bei erneuerbaren Energien, Rohstoffen, Digitalisierung und Fachkräften langfristig aufzustellen.

Quelle: MiGLETTER 06.12.2023

Neuerscheinung: "Von fremd zu bekannt - Aufbau interkultureller Kompetenz in der Verwaltung"

Die Mitarbeitenden in Kommunen und Behörden sind tagtäglich mit Menschen unterschiedlicher Nationalität konfrontiert. Das stellt eine enorme Herausforderung dar und verlangt viel Einfühlungsvermögen. In diesem Buch teilt die Autorin Beate Tröster ihr Wissen und gibt praxisnahe Tipps. Der Inhalt der Arbeitshilfe Von fremd zu bekannt – Aufbau interkultureller Kompetenz in der Verwaltung orientiert sich am Praxisalltag. Jedes Kapitel befasst sich mit einer Person aus der Verwaltung, die sich in einer unklaren interkulturellen Situation befindet und zeigt, wie diese bewältigt werden

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

kann. Checklisten und praktische Übungen laden ein, sich im Selbsttest mit den jeweiligen Problemen auseinanderzusetzen.

Ab sofort in allen Buchhandlungen und online erhältlich.

Quelle: Beate Tröster, <https://www.interkulturelle-dimensionen.com/>

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Evaluation Wohnsitzregelung nach § 12a AufenthG des Forschungszentrum BAMF

Der Bericht des BAMF / Forschungszentrum des BAMF zur Evaluation der Wohnsitzregelung nach § 12a AufenthG wurde veröffentlicht:

<https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2023/230829-am-evaluation-wohnsitzregelung.html>

Die Wohnsitzregelung wurde mit dem Integrationsgesetz 2016 eingeführt und war ursprünglich auf 3 Jahre befristet. Da die Wohnsitzregelung aber nach Auffassung des Gesetzgebers ein wichtiges integrationspolitisches Instrument darstellt und sich bewährt habe, wurde das Gesetz zur Entfristung des Integrationsgesetzes am 12. Juli 2019 verabschiedet. Damit wurde die Wohnsitzregelung als dauerhaftes integrationspolitisches Instrument in das Aufenthaltsgesetz übernommen. Das Gesetz enthält in seiner Begründung eine Evaluationsklausel, wonach die Wirksamkeit der Wohnsitzregelung innerhalb von drei Jahren ab Inkrafttreten des Gesetzes evaluiert werden soll.

Die Evaluation fand schließlich zwischen Juni 2021 und Dezember 2022 statt und wurde von empirica ag in Zusammenarbeit mit der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder durchgeführt. Der Fokus lag auf den Effekten in den Bereichen Erwerbstätigkeit, Wohnen, soziale Integration und Gewaltschutz.

Zentrale Ergebnisse (zitiert aus der Kurzfassung des Berichts S. 1ff):

- Die Ergebnisse der Evaluation deuten allerdings stark darauf hin, dass die Wohnsitzregelung in Summe aller Partialwirkungen sehr wahrscheinlich nicht integrationsfördernd wirkt.
- Die Wohnsitzregelung wirkt eher negativ auf die Wohnraumversorgung.
- Die Wohnsitzregelung wirkt neutral auf den Erwerb von deutschen Sprachkenntnissen.
- Die Wohnsitzregelung wirkt eher negativ auf die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit.
- Die Wohnsitzregelung scheint nicht zu einer Vermeidung sozialer Ausgrenzung beizutragen.
- Die Wohnsitzregelung hat die Kapazitäten der Integrationsinfrastruktur in einigen Orten entlastet.
- Im Ergebnis zeigt sich, dass der Aufhebungstatbestand nach § 12a Abs. 5 S. 2 AufenthG Personen, die von Gewalt betroffen sind, nicht ausreichend schützt.
- Die Wohnsitzregelung verhindert potenziell integrationsfördernde Umzüge.

Quelle: Infomail Flüchtlingsrat Thüringen e.V. 31.08.2023

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Einbürgerungen sollen künftig schneller möglich sein

Der deutsche Pass soll künftig schneller und leichter zu bekommen sein. Das Bundeskabinett brachte am Mittwoch in Berlin einen Gesetzentwurf auf den Weg, der die Wartezeit für eine Einbürgerung von acht auf fünf Jahre verkürzt und die Mehrstaatigkeit zulässt. Wer antisemitisch, rassistisch oder in irgendeiner Form menschenverachtend handelt, hat die Chance vertan, eingebürgert zu werden. Kritik gibt es vor allem daran, dass Alleinerziehende oder Menschen mit Behinderungen häufig die Voraussetzungen nicht erfüllen könnten.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte, „die Reform ist ein Bekenntnis zu einem modernen Deutschland“. Es sei „allerhöchste Zeit“. Deutschland könne den weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe nur gewinnen, „wenn sie in absehbarer Zeit voll und ganz Teil unserer Gesellschaft werden können“. Zugleich betonte Faeser: „Rassismus, Antisemitismus oder jede andere Form von Menschenfeindlichkeit stehen einer Einbürgerung entgegen – da gibt es keinerlei Toleranz.“

Voraussetzungen: Integration, Sprache, Geld

Voraussetzung für die Einbürgerung sind neben der gelungenen Integration auch gute Deutschkenntnisse sowie die eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes. Wer besonders gut integriert ist, kann bereits nach drei Jahren eingebürgert werden. Faeser nannte als Beispiele den KI-Professor, der das Land voranbringe, oder die Frau, die sich bei der freiwilligen Feuerwehr engagiere.

Für Alleinerziehende oder Menschen mit Behinderung, die auf Unterstützung vom Staat angewiesen sind, können Ausnahmeregelungen greifen. Faeser betonte aber, dass ein Anspruch auf Einbürgerung nur dann bestehen soll, wenn die Personen ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Familie selbst erarbeiten. Für Härtefälle gebe es die Ermessenseinbürgerung.

Beauftragte fordert Nachbesserungen

Hier fordert die unabhängige Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes, Ferda Ataman, Nachbesserungen ebenso wie die Diakonie, Flüchtlingsorganisationen und Grünen-Abgeordnete. Die Diakonie-Vorständin Sozialpolitik, Maria Loheide, warnte, „dadurch werden Alleinerziehende, pflegende Angehörige, Menschen mit Behinderung sowie kranke und alte Menschen von der Einbürgerung weitgehend ausgeschlossen“. Die Grünen-Rechtspolitikerin Canan Bayram sprach von „Schwächen“ im Entwurf.

In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern erhalten den Plänen zufolge indes vorbehaltlos den deutschen Pass und dürfen gleichzeitig die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten, wenn mindestens ein Elternteil seit mehr als fünf Jahren rechtmäßig in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt. Komplizierter ist es für Kinder, wo die Staatsangehörigkeit der Eltern ungeklärt ist. Hier muss laut Faeser zunächst alles dafür getan werden, um die Staatsbürgerschaft zu klären.

Lebensleistung der „Gastarbeiter“

Ferner hob die Ministerin die Lebensleistung der sogenannten Gastarbeiter hervor, die bis 1974 in Westdeutschland eingereist sind sowie der sogenannten DDR-Vertragsarbeiter, die bis 1990 nach Ostdeutschland kamen.

Für sie soll die Schwelle zur Einbürgerung niedriger sein als für alle anderen. Faeser sprach von einem „späten Dank“ an die Gruppe von Menschen, die Deutschland jahrzehntelang mit aufgebaut hätten.

Das Gesetz könnte theoretisch bereits im kommenden Januar in Kraft treten. Hier habe aber der Bundestag das Prä, sagte Faeser. Da das Regelwerk der Ministerin zufolge nicht zustimmungspflichtig ist, kann der Bundesrat zwar Einspruch einlegen, das Gesetz aber nicht blockieren. Aus der Union gibt es insbesondere Kritik an „Turbo-Einbürgerungen“ nach drei Jahren angesichts der wegen gestiegener Zuwanderungszahlen überforderten Kommunen.

Quelle: MiGLETTER 23.08.2023

Deutlich mehr Abschiebungen im ersten Halbjahr

Die Zahl der Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber nimmt zu. Die Linke übt Kritik: Den Menschen drohen in ihren Herkunftsländern Krieg, Armut und Perspektivlosigkeit. Zudem verursachten Abschiebeflüge „horrende Kosten“.

Die Linken im Bundestag haben die zunehmenden Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber aus Deutschland scharf kritisiert. Im ersten Halbjahr sei die Zahl um mehr als ein Viertel gestiegen, sagte die für Fluchtpolitik zuständige Sprecherin Clara Bünger am Samstag dem „Evangelischen Pressedienst“. Die Menschen würden an Orte „zurückgezwungen, an denen ihnen Krieg, extreme Armut und Perspektivlosigkeit drohen. Das ist unverantwortlich.“ Statt einer Abschiebungsoffensive forderte sie von der Bundesregierung „eine Offensive für Humanität und Menschlichkeit“.

Von Januar bis Juni wurden nach Angaben der Bundesregierung 7.861 Personen abgeschoben, knapp 27 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Das geht aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linken zurück, die dem epd vorliegt. Zuerst hatte die „Neue Osnabrücker Zeitung“ berichtet.

Die meisten Abgeschobenen sind demnach nach Österreich gebracht worden. Dabei handele es sich vor allem um Dublin-Überstellungen, erklärte Bünger. Sie kritisierte, dass dabei Menschen in Not gegen ihren Willen in andere EU-Länder verfrachtet werden. Laut dem Dublin-System ist das EU-Land, in das ein Asylbewerber zuerst eingereist ist, für den Asylantrag zuständig.

Weniger Ausreisepflichtige

Außerdem seien viele Geflüchtete in ihre Herkunftsländer Georgien, Nordmazedonien, Albanien, Moldau und Serbien zurückgebracht worden. Abschiebungen in die Türkei hätten zugenommen. „Das ist unverantwortlich“, kritisierte die Linken-Politikerin. Dort würden linke und kurdische Oppositionelle gnadenlos verfolgt.

Am 30. Juni lebten laut Ministerium 279.098 ausreisepflichtige Personen in Deutschland. Diese Zahl sei damit erstmals seit vielen Jahren gesunken. Bünger sagte, nur 13.784 abgelehnte Asylsuchende hätten keine Duldung.

Weiter auf Seite 4.

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Fortsetzung von Seite 3.

Sie halte es für „absolut unverantwortlich und unangemessen, dass angesichts dieser geringen Fallzahlen immer weitere Abschiebungsverschärfungen diskutiert werden“. So werde das Debattenklima in Deutschland vergiftet und die AfD gestärkt. „Wir brauchen humanitäre Lösungswege statt ein immer skrupelloseres Vorgehen.“

Abschiebeflüge verursachen „horrende Kosten“

Zudem verursachten die Abschiebeflüge horrende Kosten, kritisierte Binger: „Es macht sprachlos, welche Ressourcen Bund und Länder bereit sind, einzusetzen, um Menschen außer Landes zu schaffen.“

Ähnlich stark wie die Abschiebungen stieg demnach auch die Zahl der Menschen, die freiwillig aus Deutschland ausreisten. Mit Bundes-Fördergeldern verließen 4.892 Menschen wieder das Land, mit Geldern von Ländern und Kommunen 2.309 Personen. Zusätzlich wurden den Angaben zufolge in den ersten sechs Monaten 2023 auch 2.186 Personen, die unerlaubt eingereist waren, direkt an der Grenze zurückgeschickt.

Quelle: MiGLETTER 21.08.2023

Umfrage: Große Verbundenheit mit Deutschland bei Zuwandererfamilien

Zwischen alter und neuer Heimat: Neue Umfrage zeigt starke Bindung von Zugewanderten und ihren Kindern zu Deutschland – alles nur eine Frage der Zeit. Gehemmt wird das Zugehörigkeitsgefühl aber von Diskriminierungserfahrungen.

Ein Großteil der nach Deutschland Eingewanderten und ihrer Kinder fühlt sich einer Umfrage zufolge der neuen Heimat verbunden. Über 80 Prozent gaben in einer Befragung des Sachverständigenrats für Integration und Migration an, sich Deutschland zugehörig zu fühlen (46,2 Prozent „voll und ganz“, 38 Prozent „eher“). Bei den Befragten ohne Migrationshintergrund lag dieser Wert bei rund 90 Prozent, wie aus dem am Montag in Berlin veröffentlichten Papier hervorgeht.

Von einem Migrationshintergrund spricht man, wenn jemand oder mindestens eins seiner Elternteile die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt. Dabei fühlte sich bei Aussiedlern und Spätaussiedlern ein höherer Anteil zugehörig als unter Türkeistämmigen, unter Menschen mit familiären Wurzeln in der EU oder in der übrigen Welt. Bei allen Befragten-Gruppen war dies aber die deutliche Mehrheit.

Die Bindung an das Herkunftsland fällt im Vergleich dazu bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte geringer aus, mehr als die Hälfte fühlt sich aber auch diesem weiter verbunden. Je länger sich jemand hierzulande aufhält, desto größer in der Regel das Zugehörigkeitsgefühl und desto geringer die Verbindung zum Herkunftsland, so die Autoren des Papiers.

Diskriminierung hemmt Zugehörigkeitsgefühl

Auch Sprachkenntnisse und Kontakte über das eigene kulturelle Milieu hinaus lassen das Zugehörigkeitsgefühl wachsen, schreiben die Experten, auch unter Berufung auf frühere Untersuchungen. Diskriminierungserfahrungen hingegen bewirken das Gegenteil. Höher Gebildete empfinden demnach ebenfalls eine größere Distanz, was mit einer größeren Sensibilität gegenüber Ablehnung erklärt wird.

Spätaussiedler sind im amtlichen Sprachgebrauch Menschen, die seit 1993 die über ein Aufnahmeverfahren als deutsche Volkszugehörige nach Deutschland gekommen sind. Vorher wurden sie als Aussiedler bezeichnet.

Info: Für das SVR-Integrationsbarometer 2022 wurden zwischen Ende November 2021 und Anfang Juli 2022 insgesamt 15.005 Menschen bundesweit interviewt. Davon hatten 8.005 Menschen keinen Migrationshintergrund, 1.204 waren (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, 980 Türkeistämmige, 1.987 Zuwanderer aus EU-Ländern und 2829 Menschen der Herkunftsgruppe „übrige Welt“.

Quelle: MiGLETTER 15.08.2023

Studie: Jeder Dritte Deutsche hat ein rechtspopulistisches Weltbild

Von geheimen Allianzen wird gesprochen, von finsternen Verschwörungen, von gesteuerten Medien und der Politik als Betrugsmaschinerie ist die Rede. Ein rechtspopulistisches Weltbild, das auf Außenstehende absurd wirken mag. Aber die Zahl seiner Anhänger ist groß, wie eine Studie zeigt.

Populismus und der Glaube an Verschwörung sind laut einer Stuttgarter Studie in Deutschland weit verbreitet. Jeder Vierte ist demnach überzeugt, die Politik werde von „geheimen Mächten“ gesteuert. Ein Fünftel der Deutschen glaube zudem, Massenmedien würden die Bevölkerung „systematisch belügen“, heißt es in der Studie der Universität Hohenheim.

„Insgesamt gut ein Drittel der Bundesbürger haben ein im erweiterten Sinn rechtspopulistisches Weltbild“, fasste der Kommunikationswissenschaftler Frank Brettschneider die Ergebnisse zusammen. Etwa jeder Sechste (16 Prozent) stimme auch der Aussage zu, das Land gleiche inzwischen „mehr einer Diktatur als einer Demokratie“.

Islam und Ausländer

Der Aussage, „die deutsche Gesellschaft wird durch den Islam unterwandert“, stimmte runde jeder Dritte zu. Noch deutlicher zum Vorschein kommt der Rechtspopulismus bei der Aussage, „in Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist zu gelten.“ Hier stimmte mehr als jeder zweite Befragte zu (52 Prozent). Das Meinungsforschungsinstitut forsa hatte im Auftrag der Uni Hohenheim im Juli 2023 insgesamt 4.024 Menschen mit einem deutschen Pass befragt.

Weltbild wird populärer

Nach Angaben Brettschneiders verfestigt sich das Weltbild bei einer großen Gruppe der Befragten nicht nur, es wird auch populärer: „Zwischen 2022 und 2023 ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie um zehn Prozentpunkte gesunken“, sagte der Stuttgarter. Das Vertrauen in die Bundesregierung sei zwischen 2022 und 2023 so deutlich gesunken wie bei keiner anderen Institution.

„Wenn sich dieser Frust, diese Unzufriedenheit verfestigen, dann werden Schuldige gesucht und man bastelt sich seine Welt und seine Wahrheiten zusammen“, erklärte Brettschneider den Trend. „Und dieses Basteln war noch nie so einfach wie heute“, sagte er.

Weiter auf Seite 5.

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Fortsetzung von Seite 4.

Äußeren Mächte: EU, Globalisierung, Islam

Rechtspopulisten verwendeten immer wieder die gleichen Erzähl-Elemente. Es gebe bei ihnen einen einheitlichen „Volkswillen“, der von inneren und äußeren Mächten unterdrückt werde, sagte der Kommunikationsexperte. Zu den inneren Mächten zähle diese Gruppe die politischen Eliten und die Massenmedien, zu den äußeren Mächten die Europäische Union, die Globalisierung und den Islam. „Oft werden auch Verschwörungserzählungen eingebaut“, sagte Brettschneider.

Mit seinem Team hatte er den Befragten 22 Aussagen vorgelegt. Einige davon enthielten Verschwörungserzählungen. Die Befragten sollten angeben, wie stark sie diesen Aussagen zustimmen oder wie stark sie sie ablehnen.

Bildung schützt vor Rechtspopulismus

Das Ergebnis: Bei sieben Prozent der Deutschen findet sich laut Studie ein sehr starker Grad an Rechtspopulismus, bei elf Prozent ein starker Grad. Der Anteil ist demnach im Osten Deutschlands etwas höher (23 Prozent) als im Westen (17 Prozent).

Auch die Bildung spiele eine Rolle, sagt Brettschneider: Je höher die formale Bildung der Befragten, desto geringer sei der Anteil der Menschen mit einem rechtspopulistischen Weltbild. Ausgeprägt sei dieses Bild vor allem bei Anhängern der AfD, heißt es in der Studie weiter. Rund 79 Prozent hätten dort ein rechtspopulistisches Weltbild, bei den Grünen liege dieser Anteil bei 1 Prozent.

Quelle: MiGLETTER 29.08.2023

Geflüchtete aus der Ukraine

Deutschland auf Platz eins der Aufnahmeländer in der EU 1.086.357 Geflüchtete aus der Ukraine sind in Deutschland registriert (Stand: 3. September 2023). Deutschland löst damit Polen als Land der Europäischen Union ab, in dem sich die meisten Geflüchteten aus der Ukraine aufhalten. Da Geflüchtete aus der Ukraine sich innerhalb des Schengen-Raums frei bewegen können, ist es nicht möglich, genau zu sagen, wie viele von ihnen sich in den einzelnen Ländern aufhalten. Laut Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR sind viele Geflüchtete aus Polen fortgezogen. Von den Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland haben etwa 884.200 Personen den „vorübergehenden Schutz“. Rund 87.200 Personen haben diesen beantragt und rund 115.000 Personen haben noch keinen Aufenthaltstitel. Aktuelle Zahlen und Fakten zum Thema Geflüchtete aus der Ukraine finden Sie in unserer Rubrik: <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asy/ukrainische-fluechtlinge.html>

Quelle: Mediendienst 08.09.2023

Bericht: Flüchtlinge immer häufiger Fachkräfte

Mehr als die Hälfte der Geflüchteten der letzten Jahre hat einen Job. Viele von ihnen arbeiten inzwischen als Fachkräfte – unter den Männern jeder Dritte. Das zeigt ein neuer Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).

Ihre Mobilität am Arbeitsmarkt ist damit höher als in der deutschen Bevölkerung. Viele Geflüchtete mussten durch ihre Flucht nach Deutschland erst einmal einen Abstieg hinnehmen. Sie arbeiten häufig zuerst als Hilfskräfte. Das ändert sich nun, wie der DIW-Bericht zeigt. Hier geht es zum Bericht: https://www.diw.de/de/diw_01.c.886519.de/gefluechtete-in-deutschland-immer-haeufiger-erwerbstaetig-auch-als-fachkraefte.html

Quelle: Mediendienst 01.12.2023

Mitte-Studie: Deutlicher Anstieg rechtsextremer und rassistischer Einstellungen

Die aktuelle „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt: Rund acht Prozent der Bevölkerung haben ein geschlossen rechtsextremes Weltbild. Das ist ein erheblicher Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren, in denen der Anteil zwischen zwei und drei Prozent lag. Auch der Anteil der Menschen, die rechtsextreme Einstellungen nicht eindeutig ablehnen und damit offen oder anfällig für rechte Einstellungen sind, hat zugenommen. Zudem hat sich der Anteil der Menschen mit rassistischen Einstellungen seit der vorangegangenen Erhebung vor zwei Jahren mehr als verdreifacht. Jede*r Vierte stimmte etwa der Aussage zu: „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ Mehr finden Sie in unseren Rubriken zu Rassismus und Rechtsextremismus: <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>

Quelle: Mediendienst 22.09.2023

Aktualisierung Wegweiser Werkzeugkoffer der Asylverfahrensberatung

Der Wegweiser Werkzeugkoffer der Asylverfahrensberatung wurde aktualisiert. Der Wegweiser ist ein Werkzeug für Berater:innen in der Unterstützung von Geflüchteten im laufenden Asylverfahren. Er bietet eine praxisbezogene Auswahl an Beratungshilfen und Literaturempfehlungen zur alltäglichen Arbeit. Der Wegweiser bietet mit zahlreichen Links einen erleichterten Einstieg in die Materie und die konkrete Beratungspraxis. Er ersetzt jedoch nicht die Recherche zum Einzelfall und die Rücksprache mit spezialisierten Rechtsanwält:innen und Beratungsstellen. Zusätzlich zu nützlichen Literaturempfehlungen und Links zum Ablauf des Asylverfahrens, dem Dublin-Verfahren und Anhörung, finden Sie auch eine Sammlung an Links zu besonderen Schutzbedarfen im Asylverfahren.

Der Werkzeugkoffer ist auf der Website des Flüchtlingsrat Thüringen e.V. abrufbar: <https://www.fluechtlingsrat-thr.de/publikationen/wegweiser-werkzeugkoffer-der-asyilverfahrensberatung>

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Unicef-Studie: Kinder leiden in deutschen Flüchtlingsunterkünften

Unterkünfte für geflüchtete Menschen in Deutschland sind nach Einschätzung von Unicef keine kindgerechten Orte. Dennoch müssten Kinder und Jugendliche dort Monate und mitunter sogar Jahre verbringen, ergab eine am Dienstag in Köln veröffentlichte Studie des Kinderhilfswerks in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte. Die Studie sei bewusst nicht repräsentativ, sondern bestehe aus einer qualitativen Befragung von 50 Kindern und Jugendlichen im Alter von sechs bis 17 Jahren aus ganz Deutschland, sagte Silke Borgstedt vom Sinus-Forschungsinstitut. Es gehe um einen Perspektivwechsel in der derzeitigen Flüchtlingsdebatte.

Die Kinder und Jugendlichen erleben demnach die häufig beengten Wohnverhältnisse als belastend und wünschen sich mehr Privatsphäre. Nicht alle können zur Schule gehen, viele wünschen sich mehr soziale Kontakte außerhalb der Unterkunft.

„Das ist ein Stopp für das Leben“

Ein 15 Jahre altes Mädchen beschrieb die Situation in seiner Flüchtlingsunterkunft mit den Worten: „Das ist nicht das Leben. Das ist sozusagen ein Stopp für das Leben.“ Unicef-Geschäftsführer Christian Schneider berichtete von einer syrischen Familie, die jetzt seit zehn Jahren auf der Flucht sei. Einer ihrer Söhne sei zehn Jahre alt, habe die Heimat also nie kennengelernt. Er könne sich in vier Sprachen verständigen und helfe anderen in der Unterkunft. „In Deutschland lebt er jetzt in einem Container hinter einem Zaun“, so Schneider.

Ein junges Mädchen berichtete, dass sich sein persönlicher Spint nicht abschließen lasse, so dass der Blick immer gleich auf die darin aufbewahrten Hygieneartikel falle. Nicht selten würden Kinder auch getrennt von ihrer Familie untergebracht oder aber zusammen mit einer anderen Familie in einem Raum, so Unicef.

„Keiner wollte neben mir sitzen“

Im Kontakt mit der Außenwelt müssen Kinder mit der Erfahrung zurechtkommen, dass Menschen ihnen ausweichen. Ein 17-Jähriger schilderte: „Wenn ich in der Bahn bin, haben die Leute irgendwie Angst. Ich spüre das. Ich hab das gesehen. An einem Tag war die Bahn voll. Ich saß auf einem Viererplatz. Die Bahn war voll, aber keiner wollte neben mir sitzen. Ich verstehe nicht, warum.“

Als Konsequenz aus der Studie fordern Unicef Deutschland und das Deutsche Institut für Menschenrechte eine dezentrale Unterbringung von Familien und den unmittelbaren Zugang zu Kindergarten, Schule oder Ausbildung. Der stellvertretende Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Michael Windfuhr, sagte, laut UN-Kinderrechtskonvention hätten geflüchtete Kinder und Jugendliche Anspruch auf den gleichen Schutz und die gleiche Unterstützung wie alle anderen in Deutschland lebenden Kinder.

Von den rund 2,3 Millionen seit 2015 nach Deutschland gekommenen Schutzsuchenden sind den Angaben zufolge rund 40 Prozent Kinder und Jugendliche. Unter den im Vorjahr registrierten mehr als eine Million Flüchtlingen aus der Ukraine ist es rund ein Drittel.

Quelle: MiGLETTER 29.08.2023

Menschenrechtsbericht 2023

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat einen Bericht zur Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland veröffentlicht. Die Schwerpunktsetzung des 8. Menschenrechtsberichts liegt auf den Risiken rassistischer Diskriminierung durch polizeiliche Datenverarbeitung. Das Institut macht in seinem Bericht deutlich, dass die deutsche Polizei personenbezogene sensible Daten nicht ausreichend schütze. Zudem widmet sich der Bericht Themen wie geschlechterspezifischer Gewalt, Versammlungsfreiheit und Klimaaktivismus, politischer Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen, sowie dem gesetzlich festgeschriebenen Diskriminierungsschutz für Menschen mit Behinderungen und barrierefreiem Wohnraum.

Link zum Bericht: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/entwicklung-der-menschenrechtssituation-in-deutschland-juli-2022-juni-2023>
Quelle: Mediendienst 11.12.2023

Religionsmonitor: Krieg im Nahen Osten spaltet auch in Deutschland

Der Krieg im Nahen Osten zeigt einer Studie zufolge auch unerfreuliche Auswirkungen in der Gesellschaft hierzulande. Antisemitische und antimuslimische Angriffe nehmen zu. Weit verbreitete Vorurteile bieten demnach einen Nährboden. Mit dem Krieg im Nahen Osten ist es Experten zufolge zu einem erschreckenden Anstieg antisemitischer Vorfälle und zugleich auch verstärkt zu antimuslimischen Anfeindungen in Deutschland gekommen. Der Terrorangriff der Hamas auf Israel und die israelische Gegenoffensive seit dem 7. Oktober zeigten deutliche Auswirkungen auch hierzulande und offenbarten Risse in der Gesellschaft, hieß es bei Vorstellung einiger Ergebnisse des „Religionsmonitors 2023“ der Bertelsmann Stiftung. Die Studie, für die 2022 mehr als 4300 Personen ab 16 Jahren bundesweit befragt worden waren, hätte weit verbreitete Vorurteile und Stereotype offengelegt, die nun vom eskalierenden Nahost-Konflikt befeuert würden.

Antisemitische Einstellungen seien nicht nur an den Rändern, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft und auch unter Muslimen verbreitet, sagte die Religionsexpertin der Bertelsmann Stiftung, Yasemin El-Menouar. Und:

„Antisemitismus äußert sich derzeit vor allem in Bezug auf Israel.“ Besonders besorgniserregend sei eine „Enthemmung von Vorbehalten und Vorurteilen“.

Experte: Juden fühlen sich nicht mehr sicher
Der antisemitischen Aussage „Juden haben zu viel Einfluss in Deutschland“ stimmten in der Studie 21 Prozent der Befragten zu. Dabei falle der Wert mit 40 Prozent bei AfD-Anhängern besonders hoch aus, liege aber auch bei Befragten, die der Union, SPD, FDP oder der Linken zuneigten, grob um die 20 Prozent.

Ein immer offener zutagetretender Antisemitismus zeige sich im Internet, aber auch auf deutschen Straßen, wenn dort die Taten der Hamas auf Demonstrationen – wie in Berlin oder Essen – gefeiert würden. Es gebe tätliche Angriffe auf Jüdinnen und Juden sowie auf jüdische Einrichtungen, viele fühlten sich in Deutschland nicht mehr sicher, beklagte Stephan Vopel von der Stiftung. Weiter auf Seite 7.

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Fortsetzung von Seite 6

Auf der anderen Seite bemängelten nicht wenige in der Bevölkerung, dass „die Räume enger“ geworden seien, wenn sie sich friedlich für notleidende Palästinenser im Gazastreifen einsetzen wollten.

Expertin: Vorurteile häufig unreflektiert

El-Menouar warnte, dass zwar bei antisemitischen Haltungen häufig nicht von bewussten Feindseligkeiten, sondern von unreflektierten Vorurteilen auszugehen sei. Diese Einstellungen würden aber von Extremisten und Populisten genutzt, um die Gesellschaft zu spalten. Auch in den muslimischen Communities gebe es antisemitische Haltungen, die klar benannt werden müssten. Eine Rolle spiele, woher die Muslime stammten – ob sie etwa aus Ländern des Nahen Ostens oder aus der Türkei stammten, wo teilweise „mit Antisemitismus Politik gemacht werde“, sagte die Soziologin. Und: „Je länger die Menschen in Deutschland leben, desto weniger antisemitische Vorbehalte haben sie.“

Zugleich ergab der „Religionsmonitor“, dass 52 Prozent der Befragten den Islam als bedrohlich ansehen. Der Islam werde von vielen mit politischem Islamismus verknüpft; so mancher glaube, der Islam rufe zur Gewalt auf, schilderte El-Menouar. Dieses Negativbild habe sich seit rund zehn Jahren verfestigt. Bei den Jüngeren habe die Studie aber deutlich weniger Vorbehalte festgestellt als bei den Älteren – wohl auch, weil für die Jüngeren Kontakte zu Muslimen häufiger Alltag seien, was Vorurteile abbaue.

Muslimen verstärkt Anfeindungen ausgesetzt

Musliminnen und Muslime sind verstärkt Diskriminierung, Anfeindungen und Ausgrenzung ausgesetzt, kritisierte die Stiftung. Es handele sich „nahezu um einen Generalverdacht“ gegen Muslime, erläuterte Vopel. Gegenüber Flüchtlingen und Migranten allgemein werde das Klima – angeheizt von rechten Kräften – ebenfalls rauer. Alle das schwäche den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Um Hass, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und jeglichen menschenfeindlichen Haltungen entgegenzuwirken, brauche es mehr Versachlichung, Aufklärung, mehr Begegnungen unter den Gruppen der vielfältigen Einwanderungsgesellschaft. Zudem sollten die vielen erfolgreichen jüdisch-muslimischen Gemeinschaftsprojekte und Initiativen stärker in den Fokus rücken.

Quelle: MiGLETTER 14.12.2023

Internationale Wochen gegen Rassismus 2024

Unter dem Motto "Menschenrechte für alle" werden die internationalen Wochen gegen Rassismus vom 11. - 24. März 2024 stattfinden. Die Botschafterin ist die Thüringer Integrationsministerin Doreen Denstädt.

Die Auftaktveranstaltung findet am 11. März 2024 in Erfurt statt.

Ab sofort können Schulen, Institutionen, Behörden, Bündnisse, Vereine und Einzelpersonen Veranstaltungen und Projekte gegen Diskriminierung und Rassismus anmelden.

Weitere Informationen: <https://stiftung-gegen-rassismus.de/iwgr>

Quelle: Informationen aus dem Büro der Thüringer Integrationsbeauftragten 14.12.2023

GLOBALE NACHRICHTEN

Kinder mit ausländischen Eltern 2,4-mal häufiger von Armut betroffen

Wieder einmal zeigt eine Studie, dass die Zahl der Kinder aus armen Familien nicht kleiner wird – Kinder mit Migrationsgeschichte sind 2,4-mal häufiger betroffen. Die Unicef sieht Deutschland bei der Kinderarmut unter vergleichbaren Industriestaaten auf einem Platz im unteren Mittelfeld. Mehr als eine Million Kinder in Deutschland leben dauerhaft in Armut. Der Anteil armer Kinder und Jugendlicher ist nach einem Forschungsbericht von Unicef seit einem Jahrzehnt unverändert hoch. Wie das UN-Kinderhilfswerk am Mittwoch in Berlin mitteilte, rangiert Deutschland damit im unteren Mittelfeld der reichen Länder: auf Platz 25 der insgesamt 39 untersuchten Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Europäischen Union (EU). Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) nannte den Bericht einen „Weckruf“. Wie der Bericht zeigt, sind einige Gruppen von Kindern ganz besonders häufig von Armut betroffen, auch in Ländern, in denen Kinderarmut im Durchschnitt selten vorkommt. Dazu gehören Kinder, die geflüchtet oder migriert sind. „Beispielsweise sind Kinder, deren Eltern eine ausländische Staatsangehörigkeit haben, 2,4-mal häufiger von Einkommensarmut betroffen als Kinder, deren Eltern keine ausländische Staatsangehörigkeit haben“, heißt es. Aber auch Kinder von Alleinerziehenden, Kinder mit Behinderungen oder Sinti und Roma sind dem Report zufolge besonders häufig von Armut betroffen – auch wenn sie in einem reichen Land leben.

Unicef forderte die Politik auf, effektiver und nachhaltiger in Kinder und Jugendliche zu investieren. Familienministerin Paus räumte in Berlin ein, Deutschland habe bei der Kinderarmut „ein verfestigtes Problem“. Die Studienergebnisse sieht sie als Mahnung, dem Kampf gegen Kinderarmut höchste Priorität einzuräumen“. Sie wolle daher mit der Kindergrundsicherung ab dem Jahr 2025 Armut in Deutschland bekämpfen.

Sechs Millionen arme Kinder in der EU

In der EU sind laut Unicef rund sechs Millionen Kinder unmittelbar von Einkommensarmut betroffen. Hinzu kommen nach dem Bericht viele weitere Kinder, deren Familien es sich nicht leisten können, die Wohnung ausreichend zu heizen, abgenutzte Kleidung zu ersetzen oder für genügend Lebensmittel, geschweige denn Spielzeug zu sorgen. Kinder, die dauerhaft oder immer wieder in Armut leben müssen, zeigen laut Bericht häufig soziale und emotionale Verhaltensauffälligkeiten. Viele von ihnen wiesen einen geringeren Wortschatz auf und erkrankten häufiger an Depressionen als Kinder, die in Wohlstand aufwachsen. Eine Person gilt als einkommensarm, wenn sie über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügt.

Politik kann Kinderarmut bekämpfen

Am schlechtesten ist nach dem Forschungsbericht die Entwicklung in Frankreich und Großbritannien. In Frankreich sei die Kinderarmut von 2012 bis 2021 um zehn Prozent angestiegen, in Großbritannien sogar um 20 Prozent. Dagegen minderten Polen, Slowenien, Lettland und Litauen Kinderarmut im Untersuchungszeitraum um mehr als 30 Prozent, wie es weiter heißt. Weiter auf Seite 8.

GLOBALE NACHRICHTEN

Fortsetzung von Seite 7

„Die Politik hat es weitgehend in der Hand, Kinderarmut effektiv zu bekämpfen“, bilanzieren die Autoren des Berichts.

Daher dürfe nicht bei der Bekämpfung der Kinderarmut gespart werden, sagte Sebastian Sedlmayr von Unicef Deutschland. „Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen appellieren wir deshalb an die Bundesregierung sowie die Länder und Kommunen, trotz der aktuellen Haushaltskrise mehr für Kinder zu tun, die in Armut leben. Neben einer effektiven Kindergrundsicherung geht es dabei um den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur für Kinder“, sagte Sedlmayr.

Quelle: MiGLETTER 08.12.2023

EU-Studie: Schwarze leiden unter Rassismus - besonders in Deutschland

Einer EU-Studie zufolge sind Schwarze in Deutschland am stärksten von Diskriminierung und Rassismus betroffen – auf der Arbeit, bei der Wohnungssuche oder auf der Straße.

Experten warnen: Das Problem wird immer größer.

In einer Studie zu Rassismus gegen Schwarze in gut einem Dutzend EU-Staaten hat Deutschland am schlechtesten abgeschnitten. Demnach gaben 76 Prozent der Befragten an, in den vergangenen fünf Jahren wegen ihrer Hautfarbe, Herkunft oder Religion benachteiligt worden zu sein, wie die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) in Wien am Mittwoch mitteilte.

Das ist der höchste Anteil unter den 13 EU-Ländern, in denen Menschen mit afrikanischen Wurzeln zu Rassismus und Diskriminierung befragt wurden. Österreich hatte laut der Studie ähnlich schlechte Werte.

Problem wird immer größer

Im Durchschnitt erlebten 45 Prozent der knapp 7.000 Studienteilnehmer in Europa in den vergangenen Jahren rassistische Diskriminierung. Laut dem FRA-Bericht ist das Problem also deutlich größer geworden. Denn in einer vorigen Studie aus dem Jahr 2016 hatte der durchschnittliche Anteil noch bei 39 Prozent gelegen. Trotz der hohen Werte bleibt Diskriminierung aber weitestgehend unsichtbar: Nicht einmal jeder zehnte Betroffene meldet sie.

FRA-Direktor Michael O’Flaherty bezeichnete den Trend als „schockierend“. Es müsse sichergestellt werden, „dass auch Menschen afrikanischer Herkunft ihre Rechte wahrnehmen können – ohne Rassismus und Diskriminierung“, sagte er. Die FRA forderte EU-Staaten unter anderem auf, genauere Daten zu rassistischen Vorfällen zu sammeln und rassistisch motivierte Straftaten härter zu bestrafen.

Auch bei Gewalt ist Deutschland weit oben

Auch bei rassistisch motivierten Übergriffen liegt Deutschland laut der Umfrage im Spitzenfeld. Dort erlebten 54 Prozent der Befragten Belästigungen – der höchste Anteil unter den 13 Staaten. Außerdem berichteten in Deutschland 9 Prozent von persönlichen Gewalterfahrungen. Dieser Wert wurde nur von Finnland mit 11 Prozent übertroffen.

Mehr als die Hälfte der befragten Schwarzen in Deutschland fühlten sich bei der Arbeitssuche diskriminiert. Der Mittelwert der 13 Staaten lag bei etwa einem Drittel.

In deutschen Schulen sind demnach fast 40 Prozent der

Schwarzen Schüler mit rassistischen Beleidigungen oder Drohungen konfrontiert, ähnlich wie in Irland, Finnland und Österreich.

Kurz und Bündig

- Rassistische Diskriminierung: 45 Prozent der Befragten gaben an, in den fünf Jahren vor der Erhebung Opfer von Rassismus geworden zu sein; in der vorherigen Erhebung war der Wert niedriger mit 39 Prozent. In Deutschland und Österreich liegt dieser Anteil aktuell bei über 70 Prozent. Am stärksten betroffen sind junge Menschen und Personen mit Hochschulabschluss. Dennoch ist rassistische Diskriminierung nach wie vor kaum sichtbar, da nur 9 Prozent der Betroffenen sie melden.

- Rassistisch motivierte Übergriffe: 30 Prozent geben an, dass sie rassistisch motivierte Übergriffe erlebt haben, doch fast niemand erstattet Anzeige. Junge Frauen, Menschen mit Hochschulbildung und Menschen mit erkennbarer religiöser Kleidung sind häufiger rassistisch motivierten Belästigungen ausgesetzt.

- Diskriminierendes Profiling: 58 Prozent geben an, dass ihre letzte Polizeikontrolle im Jahr vor der Erhebung das Ergebnis diskriminierendes Profilings war. Diejenigen, die ihre Kontrolle als diskriminierendes ethnisches Profiling empfinden, vertrauen der Polizei deutlich weniger.

- Arbeit: 34 Prozent fühlten sich in den fünf Jahren vor der Erhebung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz rassistisch diskriminiert und 31 Prozent erging es am Arbeitsplatz selbst so. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung haben sie häufiger nur befristete Verträge und sind für ihre Tätigkeit überqualifiziert.

- Wohnen und Armut: Die steigende Inflation und die steigenden Lebenshaltungskosten haben dazu geführt, dass mehr Menschen afrikanischer Herkunft einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt sind als die allgemeine Bevölkerung. Etwa 33 Prozent kommen finanziell nur mit Mühe über die Runden, und 14 Prozent können es sich nicht leisten, ihre Wohnung warmzuhalten, verglichen mit 18 Prozent bzw. 7 Prozent der Gesamtbevölkerung. Bereits die Wohnungssuche ist für viele ein Problem: 31 Prozent geben an, bei der Wohnungssuche rassistisch diskriminiert worden zu sein.

- Bildung: Jugendliche afrikanischer Herkunft verlassen vorzeitig die Schule dreimal häufiger als Jugendliche allgemein. Im Vergleich zu 2016 gaben im Jahr 2022 mehr Eltern an, dass ihre Kinder in der Schule von Rassismus betroffen sind.

Quelle: MiGLETTER 25.10.2023

EU-Asylzahlen

Zahl der Asylbewerber*innen im ersten Halbjahr gestiegen
Im ersten Halbjahr 2023 ist die Zahl der Asylbewerber*innen in der Europäischen Union um rund 28 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen: Etwa 519.000 Personen haben einen Asylantrag (Erst- und Folgeanträge) gestellt. Etwa ein Drittel der Anträge wurde in Deutschland gestellt. Im Verhältnis zur Bevölkerung haben folgende Länder die meisten Antragsteller*innen aufgenommen: Zypern (4,5 Asylanträge pro 1.000 Einwohner*innen), Österreich (2,5) und Estland (2). Aktuelle Zahlen und Fakten zu Flucht und Asyl in der EU finden Sie in unserer Rubrik:

<https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/zahl-der-fluechtlinge.html>

Quelle: Mediendienst 08.09.2023

Buchempfehlungen - Downloads - Termine

Publikation: Alle sollen teilhaben: Wie Kreise und kreisfreie Städte Integration neu denken

Diese Publikation schildert, wie Landkreise und kreisfreie Städte durch Zuwanderung und einen konstruktiven Umgang mit Vielfalt den Herausforderungen des demografischen Wandels begegnen. Einige kommunale Verantwortliche verfolgen dabei eine teilhabeorientierte Integrationspolitik, die in verschiedenen Lebensbereichen wie Bildung, Arbeit und Gesundheit Hürden abbauen will. Dazu denken die Verwaltungen Teilhabe vom Bauamt bis zur Familienberatung mit. Die Studie zeigt, wie Landkreise z.B. Dessau-Roßlau und der Landkreis Altenburger Land, die teilhabeorientierte Integrationspolitik in der Praxis umsetzen, auf welche Hürden sie stoßen und welche Faktoren ihren Erfolg begünstigen.

Link zur Studie: <https://www.berlin-institut.org/studien-analysen/detail/alle-sollen-teilhaben-1>

Quelle: News aus dem Zentrum für Interkulturelle Öffnung 15.11.2023

Sachbuch: 22 populäre Migrations-Mythen

Aufgeregte Migrationsdebatten verstellen oft den Blick auf die größeren Zusammenhänge. Ebendiese zeigt der Migrationsforscher Hein de Haas in seinem Buch "Migration - 22 populäre Mythen und was dahinter steckt" auf: Die sogenannte irreguläre Migration gehöre seit Jahrzehnten zum Alltag großer Industrienationen. Legale und illegale Einwanderung sei oft viel erwünschter, als politische Parolen vermuten lassen. Häufig landeten nämlich die sogenannten irregulären Migrant*innen früher oder später in Jobs auf dem Bau, der Gastro, in Privathaushalten oder der Altenpflege, wo sie dringend gebraucht würden. „Rechte“, auch „linke“ Migrations-Mythen werden in dem Sachbuch gleichermaßen hinterfragt, so etwa „Unsere Gesellschaft war noch nie so vielfältig“, „Migranten drücken die Löhne“ oder „Zuwanderung ist die Lösung für die alternde Gesellschaft“. Mit vielen internationalen Beispielen ermöglicht der Autor der Leserschaft zudem, über den Tellerrand der deutschen Debatten hinaus zu schauen.

Link zum Verlag: <https://www.fischerverlage.de/buch/hein-de-haas-migration-9783103975345>

Quelle: Mediendienst 10.11.2023

Ratgeber „Das richtige Pflege- und Seniorenheim“ in russischer und türkischer Sprache erschienen

Die zweisprachige Publikation wurde von BAGSO als Checkliste mit vielen weitergehenden Informationsmöglichkeiten veröffentlicht.

Wenn Zugewanderte auf Pflege angewiesen sind, stellt sich auch für sie und ihre Familien die Frage nach einer passenden pflegerischen Versorgung und gegebenenfalls der Wahl eines Pflegeheims. Bei dieser Entscheidung bietet der Ratgeber Orientierung und Hilfestellung. Berücksichtigt werden dabei auch die Wünsche von Menschen aus anderen Kulturkreisen. Die Checklisten können auch in größerer Stückzahl kostenfrei bestellt werden und stehen zum Download zur Verfügung. Eine telefonische Bestellung ist unter 0228 / 24 99 93 0 möglich.

Link zum Download: <https://www.bagso.de/publikationen/>
Quelle: BAGSO e.V.

Sammelband: Aufnahme von geflüchteten Frauen

Neun Autor*innen aus der Migrationsforschung analysieren im Sammelband „Gender, Flucht, Aufnahmepolitiken: Die vergeschlechtlichte In- und Exklusion geflüchteter Frauen“ die Lebenslage von geflüchteten Frauen in Deutschland. In den verschiedenen Kapiteln geht es unter anderem um die besonderen Herausforderungen bei der Unterbringung von geflüchteten Frauen, um Gewalterfahrungen sowie um ihren Zugang zum Arbeitsmarkt. Zwischen den Bedarfen von geflüchteten Frauen und den bestehenden Unterstützungsangeboten gebe es eine massive Kluft, stellen die Autorinnen fest. Selbst hochqualifizierte geflüchtete Frauen könnten in Deutschland nur dann ein unabhängiges Leben führen, wenn sie einen Statusverlust hinnehmen. Link zum Buch: <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-40688-2#toc>
Quelle: Mediendienst 08.09.2023

Das Chancen-Aufenthaltsrecht in der Beratungspraxis - Arbeitshilfe zum Thema Flucht und Migration.

Die Arbeitshilfe soll Berater*innen dabei helfen, ihre Klient*innen sowohl hinsichtlich der Antragstellung wie auch mit Blick auf den Übergang in die Bleiberechtsregelungen zu begleiten. Die Broschüre ist entsprechend bewusst praxisnah gestaltet worden und enthält zahlreiche Tipps und Hinweise für die Beratungspraxis. Sie stellt ausführlich dar, was hinsichtlich der Erteilungsvoraussetzungen des § 104c AufenthG sowie der Antragstellung zu beachten ist und behandelt vor allem die Voraussetzungen, Besonderheiten und Schwierigkeiten bei einem Übergang in die Bleiberechtsregelungen der §§ 25a und 25b AufenthG.

Link zur Publikation: <https://www.der-paritaetische.de/neue-publikation-arbeitshilfe-zum-chancen-aufenthaltsrecht>

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Sachbuch: Klimamigration

Einen kompakten Einstieg in das Thema Klimamigration liefert der Soziologe Benjamin Schraven in seinem neuen Buch „Klimamigration: Wie die globale Erwärmung Flucht und Migration verursacht“. Das Buch gibt einen Überblick über mögliche Auswirkungen des Klimawandels auf Migration sowie bestehenden politische Initiativen zum Schutz Betroffener. Die Wahrnehmung zum Thema sei oft verzerrt, gerade wenn es um zukünftige Migrations-Szenarien gehe, so der Autor. An Fallbeispielen zeigt Schraven auf, wie Migration bereits jetzt von Umweltveränderungen geprägt ist und sich Menschen durch Migration an veränderte Bedingungen anpassen.

Link zum Verlag: <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-6547-5/klimamigration/>
Quelle: Mediendienst 22.09.2023

Zentrum für Integration und Migration der Landeshauptstadt Erfurt

Impressum

Herausgeber:

IB Mitte gGmbH

Rosa-Luxemburg-Str. 50

99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

E-Mail: zim@integration-migration-thueringen.de

Internet: www.integration-migration-thueringen.de

Redaktion: Anita Müller